

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
174 · Ausgabe SO · Februar 2018



«Jetzt hast du ein Jahr Pause, geniess das doch!»

2000 Meter über Meer: Draussen tobt Burglind lustvoll mit Schnee, drinnen dreht das weisse Wasser im Glas seine Wirbel und macht uns langsam, aber sicher ein bisschen sturm. «Nimm no e Pastis!», sagt der eine und der andere. Und subito folgt eine Runde für alle in der Hütte, wir sind nur wenige, die bei dem Wetter auf die Piste gehen. «Hoffentlich schneit es uns ein, mag nicht arbeiten gehen!», sagt ein junger Snöber. «6 Wochen Ferien für alle wäre damals die Lösung gewesen, aber wir Trottel kasteien uns selber!», meint ein anderer. «Vergiss es, solchen Sozi-Schmarren können wir uns nicht leisten!» – «Wer ist wir?», will ich wissen und schon wieder bin ich wie abends davor in einer Diskussion über Staat und Gesellschaft. «Hey Rosso, die Wahlen sind vorbei und auch wenn wir 2500 Meter über Meer dem Himmel näher sind, hier oben findest du die fehlenden Stimmen sowieso nicht! Jetzt hast du ein Jahr Pause, geniess das doch!», meint einer meiner Begleiter schmunzelnd.

Ein Wahl-freies Jahr? Was also macht eine Parteipräsidentin, wenn sie für ein paar Tage auf der Bettmeralp weilt? Was macht eine Gemeinderätin im Après-Ski, nachdem sie auf ihren Brettern ein paar Kurven ge-



Franziska Roth,
Parteipräsidentin
rosso17@bluewin.ch

zogen hat? Was macht eine Kantonsrätin, wenn in der 8er-Gondel über «No Billag» debattiert wird? Ganz einfach: Sie politisiert! Ich kann mich nur ganz selten raushalten, habe fast immer etwas zu sagen! Den einen mag das zu viel sein, sie finden, Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! Ich lebe das Gegenteil: Ich muss nachhaken, wenn der Mann mit dem Bier an der Skibar behauptet: «Die Schweiz wäre ohne Sozialdemokraten besser dran.» Ich teile meine Meinung gerne mit und ab und zu muss ich auch jemandem die Meinung sagen. Logisch tappe ich dabei in das eine oder andere Fettnäpfchen, aber manchmal argumentiere ich richtig gut. So manches Thema für unsere Parteiversammlungen, so viele schlagkräftige Argumente im Gemeinde- oder Kantonsrat habe ich durch das Mitmischen im Volk gewonnen. Stets gebe ich mich dabei mit Haut und Haar zu erkennen, debattiere Auge in Auge und kämpfe Zahn um Zahn – verbal – mit Lust und Passion. Inkognito jemandem die Meinung sagen, kommt für mich nicht in Frage. Ich bin es gewohnt, Tacheles zu reden.

Freiheit heisst, das Recht zu haben, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. Aber ich habe auch erkannt, warum wir zwei Ohren und nur eine

Zunge haben: Damit wir doppelt so viel hören, wie wir reden können.

Für mich als Parteipräsidentin stimmt das geflügelte Wort «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!» eigentlich nicht. Es müsste heissen «Nach den Wahlen ist FÜR die Wahlen». Liebe Genossinnen, liebe Genossen, lasst uns nicht nur auf die Wahlen hin die «SP bi de Lüt» sein. Politik findet wie das Wetter täglich und überall statt. Die Gespräche an der Bar, in der Gondel, am Familientisch oder im Zug beweisen mir immer wieder, dass die SP die richtigen Themen setzt. Wenn wir mit den Menschen in Diskussion bleiben, so finden wir auch dank der zum Teil 180 Grad anderen Ansichten gute Argumente für unsere eigene Position. Und ab und zu sogar Neumitglieder.

**Gespräche im
Alltag beweisen
mir immer wieder,
dass die SP die
richtigen Themen
setzt.**

MITTEILUNG DER GESCHÄFTSLEITUNG

Nationale Wahlen 2019

ZU DEN WICHTIGSTEN AUFGABEN EINER PARTEILEITUNG GEHÖRT DIE MITTELFRISTPLANUNG KÜNFTIGER WAHLEN. DIE GESCHÄFTSLEITUNG (GL) HAT DIESE AUFGABE ANLÄSSLICH DER SITZUNGEN VOM 15. NOVEMBER 2017 UND VOM 17. JANUAR 2018 WAHRGENOMMEN. SIE HAT ZU DIESEM ZWECK DIE AMTIERENDEN EIDGENÖSSISCHEN PARLAMENTARIER ZU IHRER JEWEILIGEN ZUKUNFTSPANUNG BEFRAGT.

Ständerat Roberto Zanetti hat erklärt, dass er kurz nach den Wahlen 2019 65-jährig werde. Angesichts seines Lebensalters und seiner Amtsdauer von dannzumal 9 Jahren sei sowohl eine erneute Bewerbung um eine Kandidatur wie auch ein allfälliger Verzicht auf eine erneute Kandidatur möglich. Er werde das zu gegebener Zeit mit der Parteileitung intensiv diskutieren. Im Zentrum dieser Diskussionen und Überlegungen müsse die Verteidigung des Sitzes für die SP Kanton Solothurn stehen. Ein vorzeitiger Rücktritt steht in keinem Fall zur Debatte, da eine Neuwahl mit dem Risiko eines Mandatsverlustes angesetzt werden müsste.

Nationalrat Philipp Hadorn hat mit Verweis auf sein Lebensalter und die Amtsdauer seine Bereitschaft für eine erneute Bewerbung um eine Kandidatur im Jahr 2019 in Aussicht gestellt. Ein allfälliger vorzeitiger Rücktritt steht somit nicht zur Debatte. Hadorn wird im Jahre 2019 52-jährig und wird acht Jahre im Amt sein.

Nationalrätin Bea Heim hat eine erneute Kandidatur im Jahre 2019 ausgeschlossen. Bea Heim wird im Jahr 2019 73-jährig und wird seit 16 Jahren im Amt sein. Angesichts ihres Lebens- und Alters und mit Blick

auf einige Rücktritte anderer Parlamentarier in anderen Kantonen ist anlässlich der Sitzung vom 15. November 2017 auch die Frage eines allfälligen vorzeitigen Rücktrittes aufgeworfen worden. Dies ist innerhalb der GL intensiv und kontrovers diskutiert worden. Während sich einige GL-Mitglieder von einem vorzeitigen Rücktritt einen Vorteil für die Sicherung der beiden Nationalratssitze versprechen, erachten andere Mitglieder dies eher als Nachteil. Bea Heim hat sich in der Folge eine Bedenkfrist bis zur GL-Sitzung vom 17. Januar 2018 gewünscht. Selbstverständlich wurde diese Frist gewährt. Ebenso selbstverständlich wussten alle Mitglieder der GL, dass der Entscheid einzig und allein bei Bea Heim liegt. Die GL war sich denn auch einig, dass der Entscheid für oder gegen einen vorzeitigen Rücktritt in jedem Fall zu respektieren sei.

Von Druck und Mobbing gegen Bea Heim durch Parteixponenten kann keine Rede sein. Entsprechende Schlagzeilen entbehren jeder Grundlage und sind ausschliesslich mit dem Dramatisierungsbedürfnis der Medien zu erklären.

Anlässlich der GL-Sitzung vom 17. Januar 2017 haben SR Roberto Zanetti und NR

Philipp Hadorn ihre Positionen vom 15. November bekräftigt. NR Bea Heim hat ebenfalls bestätigt, dass sie für die Wahlen 2019 nicht mehr als Kandidatin zur Verfügung stehen wird. Gleichzeitig hat sie erklärt, dass sie ihr Amt als Nationalrätin bis zum Ende der Legislaturperiode ausüben werde. Dazu fühle sie sich aufgrund des Wähler- und insbesondere Wählerinnenauftrages aus den Wahlen 2015 verpflichtet.

Die GL der SP Kanton Solothurn hat die Entscheide ihrer Bundesparlamentarier zur Kenntnis genommen und wird sich nun weiter mit der Vorbereitung der Wahlen 2019 beschäftigen.

Die GL hält fest, dass auch in Zukunft innerhalb der GL hart und kontrovers, aber fair und respektvoll diskutiert werden soll. Dies immer mit dem gemeinsamen übergeordneten Ziel, unseren politischen Projekten zum Durchbruch zu verhelfen! Dass dabei hin und wieder auch die Fetzen fliegen können, ist ein Zeichen der inneren Stärke und vermag uns nicht zu spalten!

Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn info@sp-so.ch



Ständerat Roberto Zanetti



Nationalrat Philipp Hadorn



Nationalrätin Bea Heim



No Billag, Finanzen und Wisent

VIelfältig war die Geschäftsliste zum Parteitag der SP in Balsthal: 88 Genossinnen und Genossen waren gekommen, um über die kommende Abstimmung und das Thaler Wisent-Projekt zu diskutieren.

Fritz Dietiker, Präsident der SP Balsthal, war stolz, die stattliche Zahl von 88 Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Kantonsgebiet in Balsthal begrüßen zu können. Dementsprechend verwies er in seinen Begrüßungsworten auch auf die geschichtsträchtige Vergangenheit der Thaler Metropole, um deren Finanzen es aber heute nicht mehr gut steht. Er sprach sich engagiert gegen die Verkehrsanbindung Thal aus, eine Umfahrung, die es nicht brauche, zu welcher bebautes Gebiet geopfert werden müsste und für die kein Geld vorhanden sei. «Wir stellen den roten Punkt im Thal dar, welcher dagegen ist», sagte Dietiker und gab damit die Haltung von Kantonsrat Fabian Müller wieder, der eigentlich über das Projekt informieren sollte, krankheitshalber aber abwesend war.

Parteipräsidentin Franziska Roth gab danach wichtige Entscheide zur Personalpolitik aus der Parteileitung bekannt (s. S. 10).

Die kickenden Millionäre

Auch er könne mit «Glanz und Gloria» oder elf kickenden Millionären nichts anfangen, meinte Nationalrat Philipp Hadorn, der über die No-Billag-Abstimmung sprach. Doch zu glauben, mit einem Ja zu dieser Vorlage würde man ärgerliche SRF-Sendungen los, sei ein Trugschluss. «Die Annahme dieser Vorlage hat Konsequenzen, welche das Ende der unabhängigen Medien bedeuten.» Der Bund könne dann Fernseh- und RadiokonzeSSIONen an den Meistbietenden versteigern und es sei ja klar, wer dann das Sagen in der Medienbranche habe. Zudem würde die Beschwerdeinstanz abgeschafft, so Hadorn. Heute profitierten nicht nur die SRG, sondern auch 13 regionale Fernsehsender und 21 Lokalradios von den Billag-Gebühren. Zudem: «Würde die Initiative angenommen, würden insgesamt 14 000 Leute ihre Jobs verlieren.»

Der Initiativtext lasse keinen Spielraum, der Service public, wie er in der Verfassung festgeschrieben sei, würde verschwinden. Die Medienlandschaft in der Schweiz würde sich also grundsätzlich verändern. Die Versammlung konnte Hadorns Ausführungen beipflichten und beschloss klar ein Nein für die No-Billag-Abstimmung mit einer Enthaltung.

Pleite für den Bund?

Ständerat Roberto Zanetti informierte über die Abstimmung zur neuen Finanzordnung des Bundes: «Eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Jahre, über die jedoch fast niemand spricht», so Zanetti. Es gehe darum, die Bundesfinanzen für die kommenden Jahre sicherzustellen, denn die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer sind als bedeutendste Einnahmequellen des Bundes momentan noch auf das Jahr 2020 befristet. «Mit der neuen Finanzordnung 2021 wird dieses Recht bis Ende 2035 verlängert.» Geschehe dies nicht, würde der Bund Pleite gehen, und dem Kanton Solothurn würden beispielsweise 320 Millionen Franken fehlen. Wie im gesamten Bundeshaus war die Vorlage auch bei den Solothurner Genossinnen und Genossen unbestritten, und es wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Franziska Roth wurde dann zur Moderatorin, indem sie zwei Thaler Wisent-Protagonisten, Benjamin Brunner, designerter Wisent-Ranger aus Welschenrohr (pro), und Edgar Kupper, Gemeindepräsident von Lapersdorf (kontra), auf die Bühne bat.

Traum oder Wirklichkeit?

Die beiden CVP-Vertreter und Bio-Bauern stellten ihre Standpunkte zum Wisentprojekt vor. Heute existieren von dem fast ausgestorbenen Tier noch rund 4500 Exemplare, erklärte Brunner. Den Wisent

wieder anzusiedeln, sei ein alter Kindheitstraum. Er gab Auskunft darüber, wie die Tiere in den Thaler Wäldern gehalten werden sollten. Kupper kann dem Projekt nichts Positives abgewinnen. Man leide genug unter den Schäden, welche die bereits heute angesiedelten oder eingewanderten Wildtiere anrichten. «Ich kann nicht verstehen, warum man sich weitere Probleme schaffen will», so Kupper. Wenn Brunner auf seinem Privatgrund eine Schauherde halten wolle, könne niemand etwas dagegen haben. Doch gegen eine Auswilderung im Thal wehren sich Landwirte, Jäger und Waldbesitzer konsequent. Die SP-Mitglieder hörten den beiden Protagonisten aufmerksam zu und stellten auch Fragen. Eine klare Haltung konnte aber an diesem Abend nicht ausgemacht werden.

© Fränzi Zwahlen, azSolothurner Zeitung

Der ordentliche Frühlingsparteitag mit Wahlen und den Jahresberichten findet am 3. Mai 2018 im Turbensaal in Bellach statt.

Roberto Zanetti, Bea Heim und Philipp Hadorn berichten aus der Frühlings-session

Aktuell aus Bern

**Donnerstag, 1. März 2018, 19.30 h
Restaurant Bellevue
Bürenstrasse 30
Lüsslingen**

Die SP Bucheggberg lädt ein und offeriert anschliessend einen Apéro.



AUS DEM PARTEISEKRETARIAT

SP-Mitglieder- und Solidaritätsbeitrag

Alle Jahre wieder bitten wir unsere Mitglieder darum, die Beiträge an die SP zu bezahlen. Und zu Recht gibt es in diesem Zusammenhang immer wieder diverse Fragen. Deshalb versuche ich das System wieder mal zu erklären und hoffe dabei auf Verständnis.

Die finanziellen Beiträge der Mitglieder an die Sektion, Kantonalpartei und SP Schweiz sind die Grundvoraussetzung dafür, dass wir in Quartieren, den Dörfern, im Kanton und im Land sozialdemokratische Politik verbreiten können. Ohne diese Beiträge könnten wir keine Löhne und keine Büromiete bezahlen. Es wäre unmöglich, Basis-, Wahl- und Abstimmungskampagnen zu führen, Drucksachen, Mitgliederzeitungen zu produzieren, Plakate und Inserate, online-Kampagnen zu finanzieren usw.

Diese finanziellen Beiträge kommen allen Ebenen zugute: Der aktuelle Mitgliederbeitrag der SP Schweiz beträgt 65 Franken, für erwerbstätige Mitglieder kommt der Beitrag an die Kantonalpartei von 24 Franken hinzu. Die Sektionen sind dafür verantwortlich, diese Beiträge einzuziehen und gesammelt an die Kantonalpartei zu überweisen, die individuellen Sektionsbeiträge kommen da noch hinzu. Die Kantonalpartei wiederum überweist jährlich den Gesamtbetrag von ca. 120 000 Franken an die SP Schweiz – 65 Franken pro Mitglied.

Die Mandatsabgaben und die Einnahmen durch Solidaritätsbeiträge dienen der Kantonalpartei als Arbeitskapital. Pro Jahr zahlen z.B. Regierungsräte 8000, National- und Ständeräte 4000 Franken als

Mandatsabgaben. Hinzu kommt der Solidaritätsbeitrag. Die Höhe richtet sich nach dem steuerbaren Einkommen. Die entsprechenden Angaben sind im Finanzreglement geregelt, welches jedes Jahr verschickt wird und auch auf der Homepage aufgeschaltet ist. Die Beitragssätze gehen von 0 Franken bis weit über 1000 Franken pro Person und Jahr, je nach Höhe des steuerbaren Einkommens. Solidaritätsbeiträge werden pro Jahr in der Höhe von 210 000 Franken in die Kasse der Kantonalpartei einbezahlt. Ohne diese Beiträge gäbe es die Kantonalpartei in der heutigen Form nicht mehr.

Deshalb appelliere ich für Verständnis, sage grossen Dank für die Unterstützung und die Treue und freue mich auf weitere erfolgreiche kleine und grosse Projekte.

Niklaus Wepfer, Parteisekretär

Ein Beispiel aller SP-Beiträge für das Jahr 2017

Niklaus Wepfer, Mitglied Sektion Balsthal

| | |
|--|-----------|
| Sektion, Kanton, SP Schweiz: | Fr. 100.– |
| Solibeitrag (Selbsteinschätzung gemäss Finanzreglement): | Fr. 200.– |
| Total statutarisch vorgesehene Beiträge an die SP: | Fr. 300.– |



FACHAUSSCHUSS «GLEICHSTELLUNG» GEGRÜNDET

Es ist Zeit für eine echte Gleichstellung auch innerhalb des Kantons Solothurn! Dabei sollen nicht nur das Geschlecht, sondern alle möglichen Diskriminierungsebenen (wie Herkunft, Religion, Behinderung, Alter, usw.) berücksichtigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir den **FA Gleichstellung** gegründet. Wir wünschen uns nun zahlreiche **neue FA-Mitglieder**, um diese Herausforderung anzugehen.

Interessierte melden sich bitte bei: nancy.lunghi@sp-so.ch.

Unsere Partei: einstimmig feministisch!

Der Feminismus ist keine Mode, sondern ein grundlegender Ansatz für eine Analyse der Gesellschaft und der Bedürfnisse von Frauen*¹ und Männern* unter einer auf die Zukunft gerichteten Perspektive. Davon ist die SP überzeugt und hat es am 14. Oktober 2017 mit der einstimmigen Annahme des «Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie» an der DV in Olten klar festgelegt.

Das ist ein Qualitätssprung, denn mit der Einnahme der feministischen Perspektive entscheidet sich die SP nicht nur für die Förderung von Frauen*posten in allen möglichen Bereichen, sondern auch und v.a. für eine Gesellschaftsveränderung. Es geht darum, verschiedene Massnahmen zu fördern und um-

zusetzen, wie z.B.: gleiche Löhne und Verkürzung der Arbeitswoche, Anerkennung und Aufwertung der Care-Arbeit, staatliche Investitionen für die Betreuung von Kindern und Angehörigen, genügende und gleiche Elternzeit für alle, Stärkung der AHV, rechtliche Gleichbehandlung unabhängig vom Zivilstatus, Ehe für alle, Bildung ohne Geschlechtsstereotype, geschlechtergerechte Sprache, Thematisierung und Bekämpfung der sexualisierten Gewalt, Aufhebung der Wehrpflicht, usw.

Von der feministischen Perspektive profitieren also nicht nur Frauen*, sondern auch Männer*, welche sowohl von der Konkurrenz zwischen den Geschlechtern als auch von den Rollenzwängen unserer z. T. noch patriarchalischen Gesellschaft befreit werden. Darüber hinaus löst

MEIN STANDPUNKT

Nancy Lunghi ist Mitglied der Geschäftsleitung und Gemeinderätin in Oensingen



die feministische Perspektive, die intersektional ist, nicht nur die Geschlechtsdiskriminierung auf, sondern alle Formen von Diskriminierung, die z. B. auf Faktoren wie sexueller Ausrichtung, Behinderung, Alter, sozioökonomischem Status, Nationalität, ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Glauben, politischen oder sonstigen Überzeugungen beruhen.

¹Das Gendersternchen (*) macht darauf aufmerksam, dass die Begriffe «Frau» und «Mann» eine grosse Vielfalt an Identitäten umfassen.